



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

11. Februar 2022

CDU-Juristen im Gespräch mit Minister Thomas Strobl

Mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg und dem Parteivorsitzenden der CDU im Ländle, Innenminister Thomas Strobl traf sich der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen der CDU Baden-Württemberg (LACDJ) in einer Videokonferenz. Der Landesvorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter, sprach zu Beginn die Notwendigkeit zur Erneuerung der CDU Baden-Württemberg an und berichtete aus der Zukunftskommission, die vom Landesverband hierzu eingerichtet wurde.

Thomas Strobl richtete den Fokus vor allem in die Zukunft. Die Kommission solle vor allem Vorschläge erarbeiten, was besser werden könne. Die CDU Baden-Württemberg habe auch auf Bundesebene bereits Erneuerungskraft gezeigt, indem die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms bis 2024 geplant sei. Für Strobl sei die beste Empfehlung für die CDU, dass sie gut regieren und Geschlossenheit zeigen solle.

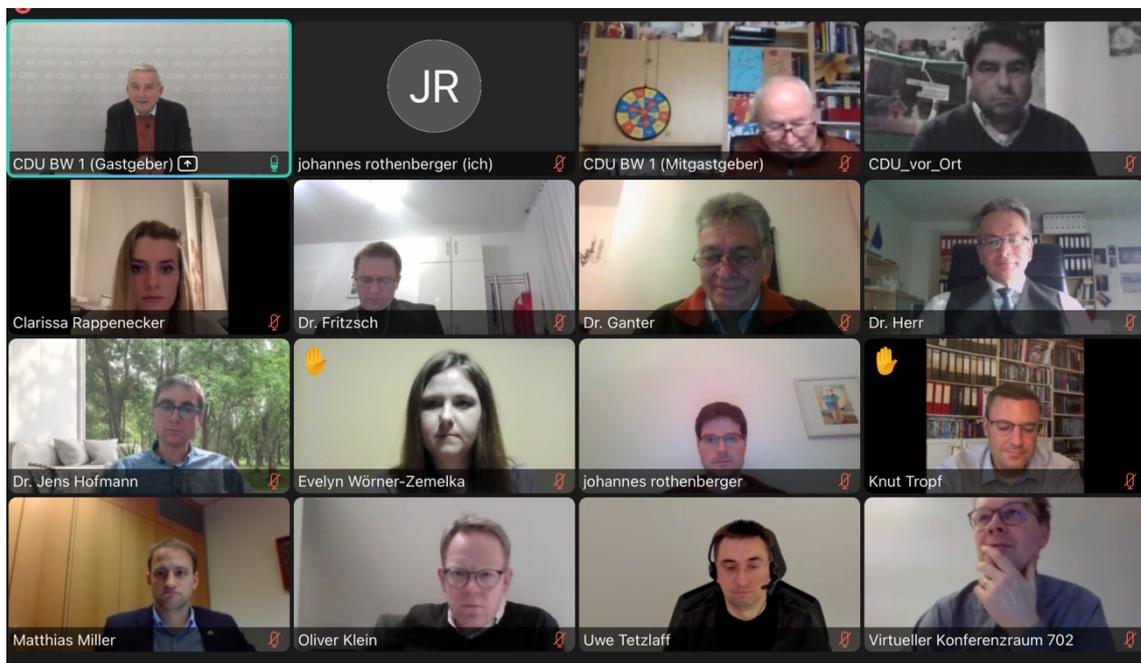
Der Innenminister berichtete von den aktuellen politischen Herausforderungen mit dem Umgang mit den selbstbezeichneten „Spaziergängern“, die seiner Ansicht nach ganz klar Demonstranten seien, die zumeist keine Genehmigung für die Demo hätten. Die Teilnehmer setzten sich zusammen aus einem sehr bunten Publikum: besorgte Bürger bis hin zu „Reichsbürgern“ und Extremisten jeglicher Couleur. Für die Polizei sei es nicht einfach, mit den vielen Demonstrationen umzugehen. Allein montags seien 3.000 Beamte im Einsatz. Man versuche, im Spannungsfeld zwischen Grundrechten und dem Schutz der Bevölkerung sowie der Einhaltung der Corona-Maßnahmen deeskalierend zu wirken. Das gelinge meist sehr gut. Gewalttäter würden natürlich ganz klar verfolgt.

Die stellvertretende Vorsitzende des LACDJ, Evelyn Wörner-Zemelka berichtete von Telegram-Einträgen der Demonstranten, die „Sonntagsspaziergänge“ allein deshalb machten, um gezielt Polizisten aus ihren Familien am Sonntag herauszureißen. Strobl stellte klar, dass das Internet kein rechtsfreier Raum sei und Straftaten dort ebenfalls verfolgt würden. Die

derzeitigen Einsätze könne die Polizei durch flexibles Kräfte-Management und Konzentration auf die Hotspots leisten. Dr. Hans Jörg Städtler-Pernice, ebenfalls stellvertretender Vorsitzender des LACDJ, wies auf die enge Personaldecke in der Justiz hin und bat auch darum, die Sicherheit der Justizmitarbeiter zu verbessern.

Der weitere stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Uttam Das verdeutlichte, wie wichtig die Durchführung von Abschiebungen sei. Innenminister Strobl stellte klar, dass der Sonderstab gefährliche Ausländer auf jeden Fall nicht abgeschafft werde. Er wolle auch kein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, das der Polizei die Beweislast auferlege, wie es in Berlin der Fall sei. Er plane ein Gesetz, das das Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Bürgern stärke. Bürger müssten in ihren Rechten geschützt sein, und es könne auch nicht sein, dass Staatsvertreter immer gefährlicher lebten. Gerade der Amoklauf bei Freiburg gegen einen Polizisten habe gezeigt, wie offen Hetze gegen die Polizei gemacht werde. Im Internet sei regelrecht ein Shitstorm gegen den Polizisten entstanden, der zum Glück außer Lebensgefahr sei. Nur die CDU könne hier klare Kante zeigen und das gesellschaftliche Klima entschärfen.

Strobl zog als Fazit, dass die CDU-Ministerien bei Wirtschaft, Landwirtschaft, Justiz, Innen und Landesentwicklung Akzente setzen könnten. Die Regierungsverantwortung sei wichtig für uns als CDU in „The Länd“. Die CDU könne Politik durchsetzen und sei nicht unterwürfig.



Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.